

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Cindenkstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-283
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftzeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Cindenkstraße
Fernsprecher: Dönhoff 2806-287

Debatte in Genf.

Der Völkerbund will nicht sich selbst aufgeben.

In französischen maßgebenden Kreisen bezeichnet man, wie aus Paris gemeldet wird, die Frage der Regelung des italienisch-griechischen Konfliktes durch die Botschafterkonferenz als vollkommen gelöst. Die offiziöse Presse äußert sich gleichfalls sehr optimistisch. So schreibt der „Matin“, die Verbindung zwischen dem Völkerbundrat und der Botschafterkonferenz, die von Frankreich angeregt worden war, sei nunmehr hergestellt und dank ihr könne man auf eine schnelle und annehmbare Lösung der augenblicklichen Krise hoffen. Diese Meinung wird allerdings nicht allgemein geteilt. So meint das „Echo des Paris“, der gestrige Beschluß des Völkerbundes habe die Lage nur noch verworrener gestaltet. Auch das oppositionelle „Echo National“ stellt sich auf einen ähnlichen Standpunkt. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die eigentliche für den Völkerbund maßgebende Frage, nämlich seiner eigenen Kompetenz in der gestrigen Sitzung in Genf überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, und daß die italienische Regierung bei ihrer Weigerung, die Kompetenz des Völkerbundes anzuerkennen, geblieben ist.

Besonders scharf wendet sich das „Journal des Débats“ gegen die Heuchelei der offiziellen Presse, die die öffentliche Meinung systematisch verwirre.

„Die Wahrheit — heißt es in dem Artikel weiter — wird dem Volke verschwiegen. Frankreich darf heute nicht die Exekution Griechenlands zulassen, wie es 1914 die Exekution Serbiens durch Österreich nicht gebildet hat. Kein Sophismus könne diese Pflicht aus der Welt schaffen. Frankreich spiele die Rolle Deutschlands vor Ausbruch des Krieges, wenn es behaupten wolle, daß es sich lediglich um einen lokalen Konflikt handle. Es sei nicht schwer, die zweideutige Haltung der Regierung zu erklären. „Das italienische Kabinett hat versucht, die Besetzung Korfuss mit der Befestigung der Ruhr in Verbindung zu bringen, und zu verstehen gegeben, daß es uns Verlegenheiten in der Reparationsfrage bereiten würde, wenn wir es nicht unterstützten. Polinacré hat sich, wie es scheint, einschüchtern lassen. Wenn diese Annahme zutrifft, wie wir befürchten, so hat die Regierung einen Fehler von außerordentlicher Bedeutung begangen. Wenn wir diese Theorie nicht widerlegen, dann geben wir der französisch-belgischen Aktion einen Charakter, den sie nicht hat und nicht haben darf. Solche diplomatische Handlungsgeschäfte sind unheilvoll, moralisch ebenso wie materiell. Wenn die Regierung ihre Politik nicht ändert, schädigt sie die Interessen Frankreichs aufs schwerste. Fortan werden die kleineren Mächte, die uns befreundet sind, die Empfindung haben, daß sie bei einer Gefährdung ihrer Rechte nicht auf Frankreich, sondern auf England rechnen müssen. Nicht einmal auf den Dank Mussolinis dürfen wir rechnen, denn er wird unseren Zweck verraten. Mit unserem Handeln ruinieren wir die Politik der letzten fünf Jahre, und unsere Haltung ist gewiß.“

Soweit nun die Haltung Italiens in Betracht kommt, ist eine Erklärung Mussolinis gegenüber dem Sonderberichterstatter des „Matin“ von Interesse, die seine Bereitwilligkeit zeigt, sich dem Spruch der Botschafterkonferenz zu fügen. Diese Erklärung wird bezeichnenderweise von einem heftigen Angriff gegen den Völkerbund begleitet. „Glauben Sie mir — erklärte Mussolini —, nichts wird mich dazu bringen, zurückzweichen oder ein Kompromiß mit der nationalen Ehre anzunehmen. Wir werden nicht zugeben, daß der Stollen zugestülpter Schimpf in der Völkerbundesversammlung diskutiert und abgeurteilt wird.“ Armer Völkerbund. . .

Die Zuständigkeit des Völkerbundes.

Genf, 7. September. (M.W.) Obgleich der Völkerbundrat beschloß, die Entscheidung über die Frage der Zuständigkeit des Völkerbundes im griechisch-italienischen Konflikt einer späteren Sitzung vorzubehalten, galten die wichtigsten und interessantesten Darlegungen der einzelnen Redner der grundsätzlichen Stellungnahme zur Zuständigkeitsfrage.

Nachdem Salandra erklärt hatte, daß man die Frage der Zuständigkeit offen lassen müsse, begründete sich Politik mit der Feststellung, daß über diese Frage für seine Regierung kein Zweifel bestehe und daß sie hierüber den Beschluß des Rates abwarten, dem sie sich unterwerfe.

Hanotaux appellierte an den verständlichen Geist unter den Ratsmitgliedern und erklärte, ohne die Zuständigkeitsfrage zu erwähnen, daß er an die Möglichkeit einer Verständigung glaube. Wir müssen einen Weg der Versöhnung um so mehr suchen, als wir von Seiten der italienischen Regierung Erklärungen besitzen, die die Hoffnung zulassen, daß die Annahme von Sanktionen durch die griechische Regierung die wünschenswerte Lösung beschleunigen wird, und die griechische und die italienische Regierung haben wiederholt erklärt, daß nach ihrer Ansicht keine Kriegsfahrt bestehe.

Lord Robert Cecil-England führte im wesentlichen folgendes aus: Gestern hat der italienische Vertreter die Frage der Zuständigkeit des Rates aufgeworfen. Das ist sein gutes Recht. Der Rat wird das zweifellos in einer seiner nächsten Sitzungen prüfen. Ich lege aber Wert darauf, weiter zu erklären, daß in den Augen der britischen Regierung die Zuständigkeit des Völkerbundes nicht angezweifelt werden kann. Die Ziffer 15 des Statutes brüht sich klar darüber aus.

Den tiefsten Eindruck auf die Versammlung machte die Rede Hymans. Belgien über die Frage der Zuständigkeit. Er erklärte u. a.: Es ist dies eine äußerst ernste Frage. Wenn wir also hierüber eine Debatte führen wollten, würden wir eine Unvorsichtigkeit begehen. Niemand von uns wird das wagen wollen. Aber es ist wahrscheinlich, daß der Rat diese Frage zum Gegenstand einer gründlichen Untersuchung machen wird. Ich hege für den bedeutenden italienischen Staatsmann, der hier im Rate sitzt, die tiefste und ehrfurchtsvollste Achtung. Immerhin ist es für mich eine Gewissenspflicht, hier zu erklären, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht

nicht der Auffassung des Herrn Salandra über die Unzuständigkeit des Völkerbundes zustimmen kann. Nach meiner Ansicht sind Artikel 12 und 15 des Statutes klar und entschieden. Ihre Anwendung in dieser Frage ist sicher. Ich sehe in diesen Artikeln für die kleinen Länder wertvolle Garantien, die nach meiner Ansicht die Grundlage des Paktes bilden. Das Interesse der kleinen Staaten, die Wahrnehmung der Grundzüge, auf denen der Völkerbund beruht, erfordern eine wachsame Anwendung dieser Regeln, die die Grundlage einer neuen internationalen Ordnung sind, auf die wir die größte Hoffnung gesetzt haben.“

Stratig-Schweden erklärte unter anderem: „Ich habe den lebhaftesten Eindruck, daß die zahlreichen und bedeutenden Elemente, die auf eine neue Ära auf Grund der Schaffung des Völkerbundes rechneteten, unsere Beratungen mit leidenschaftlichem Interesse verfolgten und in großer Sorge ihre Ergebnisse erwarteten. Ich muß auf das formellste darauf hinweisen, daß es eine lebenswichtige Frage für den Völkerbundrat ist, eine Lösung zu finden, die einerseits zur sofortigen Räumung des besetzten Gebiets führt, und andererseits nachdrückliche Garantien für die Wiedergutmachung des begangenen Verbrechens bedeutet. Was die Zuständigkeitsfrage betrifft, schloß ich mich völlig den berechneten Worten des belgischen Vertreters an.“

Salandra erwiderte auf Hymans Rede mit folgenden Ausführungen: Ich vertrete das neue Italien, das am Siege beteiligt war und das ihm das Leben von 600 000 seiner besten Kinder geopfert hat, das Italien, das vor allem auf sein Prestige und seine nationale Würde Wert legt. Aus diesem Grunde muß ich bei meiner Ansicht beharren in dieser Frage, die eine Frage des nationalen Prestiges und der nationalen Würde ist und in der Italien sich nicht der Entscheidung des Völkerbundes unterwerfen kann, vor dessen Autorität ich im übrigen die größte Ehrfurcht hege. Es handelt sich nicht um irgendeinen Zwischenfall, wie er im Artikel 15 des Statutes ins Auge gefaßt wird, sondern um ein politisches Verbrechen, das gegen Italien begangen wurde und für das es Wiedergutmachung und Strafe fordert. Uebrigens ist der Augenblick für die Erörterung der Zuständigkeitsfrage nicht geeignet. Der Rat wird sie erörtern, sobald er es für gut hält. Herr Hymans hat von den kleinen Staaten gesprochen, aber in diesem Falle handelt es sich um eine Frage zwischen einer Großmacht und einem kleinen Staat. Hymans und Branding vertreten glücklicherweise Staaten, in denen der Mord kein politisches Mittel ist. Ihre Länder kommen also nicht in Frage. Sie haben in ihrer Eigenschaft als Kleinstaaten mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Ich wiederhole, daß ich mich der Stimme enthalte. Ich widerspreche nicht der Mitteilung des ersten Teils der von Quinones de Leon vorgeschlagenen Textes, aber ich enthalte mich jeder Abstimmung, damit man nicht glauben kann, daß ich mich in irgendeiner Weise von meinem Standpunkte abmende. Was die Kompetenzfrage betrifft, so bleibt meine Meinung über diese Frage unverändert.

Der Präsident des Rates, Döhl, schloß die Sitzung mit folgenden Worten: „Die Frage der Zuständigkeit des Rates bleibt noch zu prüfen. Sie ist eine der wichtigsten juristischen Fragen. Ich erlaube infolgedessen meine Kollegen, sich auf eine spätere Sitzung zu versetzen.“

In unterrichteten Völkerbundkreisen nimmt man über die weitere Entwicklung des griechisch-italienischen Konfliktes vor dem Völkerbund an, daß der Völkerbund die Frage der von Griechenland zu leistenden Entschädigungen und Wiedergutmachungen vorläufig der Botschafterkonferenz überlassen werde, während die Frage der Zuständigkeit des Rates dem Internationalen Ständigen Gerichtshof im Haag überwiesen werden dürfte.

Zum holländischen Regierungsjubiläum.

Anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums der Königin Wilhelmine von Holland ließ der Reichspräsident durch den Gesandten im Haag, Freiherrn v. Lucius, der Königin ein Hand schreiben überreichen, in dem insbesondere auf die gegenseitige Liebestätigkeit ihres Landes während des Krieges und nach dem Kriege hingewiesen wird. Ferner ließ der Reichspräsident dem niederländischen Gesandten, Baron Gevers, durch den Chef seines Bureaus, Ministerialdirektor Wehner, am Donnerstag nachmittags seine Glückwünsche aussprechen. Der Reichskanzler Dr. Stresemann und Gemahlin, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. Malan und andere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes fanden sich in der niederländischen Gesandtschaft ein, wo zu Ehren der Königin ein Empfang der niederländischen Kolonie stattfand.

Der Dollar steigt weiter.

Allgemeine Flucht vor der Papiermark.

Das Kennzeichen des heutigen Devisenmarktes war starke Verwirrung und größte Schwankungen. Das Erreichen einer Trillion schwebender Schuld wirkte für die Beurteilung der Mark natürlich sehr ungünstig, während die neue Devisenordnung über die Schaffung eines Devisenkommissars bis 1 Uhr noch in der Schwebe war. Uebrigens ist auch durch die geringe Zuteilung der Devisenbedarfs auf das äußerste angeschwollen. Die Ankündigung der Goldmark wird an der Börse begrüßt, doch drückt dieser Umstand einwoilen noch weiter auf die Mark. Gerüchte, die die Börse durchschwirren, üben einmal nach dieser, einmal nach jener Seite einen Einfluss auf die Gestaltung des Dollars aus. Heute morgen stieg der Dollar mit 45 Millionen ein und steigerte sich bis 11 Uhr auf 53-58 Millionen. Späterhin wurde er wieder mit 45-50 Millionen angeboten. Geschäfte wurden jedoch zu diesen Kursen kaum abgeschlossen. Man wartet ab, doch dürfte der Ansturm bei der amtlichen Festsetzung wieder beträchtlich sein.

Der Effektenmarkt folgt einseitigen den aufwärtsstrebenden Devisen. Die Flucht aus der Papiermark ist allgemein und ein Rückschlag dürfte, wie man in Börsenkreisen glaubt, nicht ausbleiben. Aber trotzdem trat auch die Spekulation zu Beginn der Börse mit starken Käufen auf den Markt.

Uebergoldlöhne der Bergarbeiter?

Von Lothar Erdmann.

In den letzten Wochen taucht in der Presse wiederholt die Behauptung auf, daß die Löhne in einer Reihe von Berufen die Friedenslöhne überschreiten. Der deutsche Arbeiter stehe sich sogar jetzt teilweise besser, als seine Arbeitskollegen im Ausland. Die letztere Behauptung ist für frühere Perioden des öfteren widerlegt worden, zuletzt im „Korrespondenzblatt“ des ADGB vom 9. Juni, wo die in Berlin und Wien (März 1923) und Zürich (Januar 1923) gezahlten Löhne in 13 Berufen miteinander verglichen wurden. Der Vergleich ergab, daß die Löhne in Wien mit einer Ausnahme, in Zürich durchweg über den deutschen Löhnen standen; bei der Untersuchung des Realwertes der Löhne (im Vergleich mit dem Lebenshaltungsindex) ergab sich für den Maurer in Berlin ein Wochenlohn von 28,67, in Wien von 29,72, in Zürich von 38,15 Friedensmark. Für eine weiter zurückliegende Zeit für Juni 1922 hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Lohn eines Maurers in Deutschland auf 20 Schilling, 10 Cent, in England auf 71 Schilling und 10 Cent berechnet. Für die Gegenwart läßt sich ein Vergleich der Auslandslöhne mit den deutschen Löhnen erst ziehen, wenn vergleichbares Material vorliegt. Die Behauptung, daß die Löhne der deutschen Arbeiter die Weltmarktlöhne überschreiten, beruht aber auch nicht auf stichhaltigen Lohnvergleichen, sondern auf irigen Vergleichen der Steigerung der deutschen Löhne mit dem Streigen des Dollarkurses und des Lebenshaltungsindex.

In einem Aufsatz „Die Kohlenfrage als Zentralproblem der deutschen Wirtschaft“ („Berliner Tageblatt“, 30. August 1923) hat Dr. James Rubinfeld ausgeführt, daß die Lohnfestsetzung für die Hauer in Oberschlesien (5 074 684 M. für die Woche vom 20. bis 26. August) „bei einem Dollarkurse von 4,65 Millionen Mark . . . auf einer Grundlage von über 8 Goldmark vorgenommen wurde. . . In Gold berechnet stellt sich vielfach der Lohn sogar auf das Vierfache der Vorkriegszeit.“ Rubinfeld geht dabei von einem Lohnsatz von 3,83 M. einschließlich Versicherungsbeiträge je Mann und Schicht im Jahre 1913 aus.

Schon die Feststellung des Ausgangslohns ist tendenziös. Der Durchschnittsverdienst von 3,83 M. im Jahre 1913 ist errechnet für ganz Oberschlesien; auch die niedrigen Löhne im Plessner und Rybniker Bezirk sind in die Berechnung einbezogen.

Die Berechnung von Dr. Rubinfeld fußt aber auch gar nicht auf diesem Lohnsatz, sondern auf dem Lohnsatz einer bestimmten Grubenverwaltung Oberschlesiens, und zwar auf dem Lohn, den sie für eine Abfahrt im Jahre 1913 zahlte. Der Lohn betrug 4,50 M. Befördert wurde im Jahre 1913 je Mann und Schicht 997 Kilogramm (im ganzen Revier 1089 Kilogramm); das ergibt einen Reallohn von 4,49 M. je Schicht. Im Durchschnitt der letzten zwölf Monate wurden in dieser Verwaltung 516 Kilogramm (im ganzen Revier 540 Kilogramm) je Mann und Schicht gefördert. Der Durchschnittslohn (20.-26. August 1923) betrug 5 074 684 M. Der Lohn je Abfahrt betrug demnach bei einer Tagesleistung von 540 Kilogramm 9 400 000 M. Der Lebenshaltungsindex vom 27. August, also der Woche, in der der Lohn zur Auszahlung gelangt, betrug 1 183 434 M. Der Reallohn je Schicht ergibt 4,29 M.

Der Reallohn je Schicht ist also nach dieser Berechnung heute noch um 20 Pf. geringer als 1913. Es ist von Interesse festzustellen, daß bei einem Durchschnittslohn von 5 074 684 M. der Steigerungssatz 1 130 221 M. betrug. Er blieb sowohl hinter der Wehrtziffer des Dollarkurses, wie hinter dem Lebenshaltungsindex zurück; erstere betrug für die Woche vom 20. bis 26. August 1 180 562 M., letztere 1 183 434 M.

Wenn man die gleichen Berechnungen zugrunde legt und die verminderte Tagesleistung berücksichtigt, so ist allerdings der Reallohn je Tonne erheblich höher als vor dem Kriege. Er ist nach dieser Berechnung von 4,50 M. auf 8,31 M. gestiegen. Mit anderen Worten: Der Anteil der Löhne an den Produktionskosten ist erheblich gestiegen und gefährdet die Rentabilität.

Der Aufsatz von Dr. Rubinfeld erweckt aber den Anschein, als ob die Bergarbeiter in Oberschlesien diese „Uebergoldlöhne“ tatsächlich in die Hand gedrückt bekämen. Davon ist natürlich gar keine Rede. Die Bergarbeiter bekamen mit ihren 5 074 684 M. für die Woche vom 20. bis 26. August, die sie günstigstenfalls am 27. oder 28. auszuzahlen bekamen, keinen Deut mehr oder weniger als 4,29 M. Friedenswährung. In der Woche, in der sie für dieses Geld Einkäufe machen mußten, stieg der Dollar von 4 956 000 M. auf 8 160 000 M., d. h. um 60 Proz. Die Preise entfernten sich von Tag zu Tag von dem der Lohnvereinbarung zugrundeliegenden Index. Es ist leider nicht mehr richtig, daß, wie Dr. Rubinfeld behauptet, die Reichsindexziffer regelmäßig unter dem Dollar ist. Das war einmal. Am 20. und 27. August stand die Reichsindexziffer über der entsprechenden Wehrtziffer des Dollars. Die Bergarbeiter in Oberschlesien hatten also nicht etwa einen glänzenden Lohn in Händen, sondern mußten schlemmig für die Beschaffung ihres täglichen Bedarfs sorgen, wenn ihnen nicht der Lohn der vergangenen Woche, mit dem sie die wachsende Teuerung der neuen Woche zu bezahlen hatten, unter den Händen zerrinnen sollte.

Es ist ein bei den Unternehmern beliebtes Verfahren, die steigenden Löhne für die steigenden Kohlenpreise allein verantwortlich zu machen. Es müsse bei gleichem Verdienst länger gearbeitet werden. Auch Dr. Rubinfeld fordert „Doppel- und

Rehr-Schichten im Bergbau. Natürlich bei gleichem Lohn. Es sei deshalb daran erinnert, daß, während die Steigerung der Hauerdurchschnittslöhne von 1914 bis zum Oktober 1922 das 129fache betrug, in der gleichen Zeit die Preise der Ruhrfettförderkohle um das 420fache und die Preise für Stückkohle und Ruhkohle um das 480fache stiegen. Im Juli 1923 stellte sich eine Tonne Fettförderkohle beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat auf 1126 742 M. oder 93 895 mal so viel wie im Frieden; eine Tonne Gasstückkohle auf 1489 316 M. oder das 106 379fache des Friedenspreises; eine Tonne Lagerkohle auf 1706 277 M. oder das 97 501fache gegenüber 1913. Gleichzeitig war der Dollar nur um das 84 186fache gestiegen. Die Durchschnittslöhne der Hauer und Schlepper im Ruhrgebiet, also der bestbezahlten Arbeiter, waren einschließlich des Soziallohnes aber im Juli nur um das 28 530fache gestiegen. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Für den August liegen die Zahlen noch nicht vor.

Vielleicht hat sich bei der allgemeinen Tendenz zu Weltmarktpreisen, die bei der Kohle bekanntlich schon überschritten wurden, der Anteil der Löhne an der Preisbildung erhöht. Denn natürlich müssen auch die Löhne mit dem Index für Lebenshaltungskosten, der mehr und mehr dem Dollarkurs sich anpaßt, gleichen Schritt halten, wenn anders nicht eine Senkung der Preise auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter vorgenommen werden soll. Jedenfalls sind nicht die Löhne die Ursache dieser verhängnisvollen wirtschaftlichen Entwicklung, sondern die rücksichtslose Profitgier jener Kreise, die sich jetzt über die angeblichen „Ubergoldlöhne“ der Bergarbeiter beschweren.

Die Rede des Reichskanzlers.

In seiner Rede vor den ausländischen Pressevertretern, deren Anfang wir im Morgenblatt veröffentlichten, führte Reichskanzler Dr. Stresemann weiter aus:

Wo sind die Staatsgrenzen fest geblieben, wie sie einst waren, wo ist der Friede, der eine lange Entwicklung der Völker gewährleistet, auf den jedermann fest bauen könnte, so daß er sagen könnte: ich weiß, ich werde die nächsten 10 Jahre in Frieden leben? Dieses Zeitalter gleiche jenem, das Goethe in dem letzten Gesange von „Hermann und Dorothea“ besungen hat, wo der Besitztum trennte vom alten Besitzer, wo er davon spricht, daß die Grundgesetze sich lösen der festesten Staaten, und die Frage aufwirft, ob auch der Deutsche dieser fürchterlichen Bewegung folgen werde.

Für das deutsche Volk lassen Sie mich sprechen, für das deutsche Volk, dessen politischer Führer zu sein ich in dieser Zeit beufen bin. Ich habe zu Ihnen schon einmal gesprochen können an dem Tage, an dem ich das Kanzleramt übernahm. Da habe ich denen von Ihnen, die

vielleicht nur das neue Deutschland kennen,

und nicht nur das alte, vor Augen geführt die Mahnung, uns zu sehen, wie wir waren und wie wir sein können und uns nicht nur zu sehen, so wie wir jetzt sind, unter all den Schwierigkeiten, die wir 8 Jahre hindurch haben ertragen müssen. Dieses deutsche Volk der Gegenwart hat unendlich viel in sich aufgenommen an Schmerzen und Leiden, so wie kaum je ein anderes Volk auf Erden. Und es denkt an seine große Vergangenheit, und es hat ein Recht dazu, dem schämen würde ich mich als Deutscher, wenn ich nicht stolz wäre auf die Vergangenheit meines Volkes. Wer mir zumutet, die große Vergangenheit meines Volkes zu schmähern, und ihr die Größe nicht zuzugestehen, den würde ich anlehen als jemand, der mir zumutet, meine Eltern zu verleugnen und mich nicht dessen zu freuen, was in meinem Blut, in meiner Familie, in meinem Namen an Großem ist. Wenden Sie sich nicht an diejenigen, die Deutsche sind und die keine Ehre als Deutsche im Leibe haben. Sie können als Vertreter anderer Nationen nur dann Deutsche richtig verstehen, wenn diese das Nationalgefühl verkörpern, als Vertreter eines heute schwachen, eines ohnmächtigen, eines machtlosen Deutschlands. Gewiß, wohl gibt es da viele Deutsche, die tief niedergedrückt sind,

die da denken an die Worte, die heute vielleicht klingen, als wären sie für Deutschland gesprochen, in denen es heißt, daß die Völker ihr segnendes Auge von ganzen Geschlechtern wenden, weil sie im Entde die forterbenden Jüge des Anberrn zu sehen vermeinen. In diesen forterbenden Jügen des Anberrn liegt deutsche Kultur, liegt deutscher Geist, liegt deutsches Staatsleben, liegt

deutsche Hingabe an die Autorität in ihrer Eigenart, die für die Menschheit unbedingt ebenso notwendig ist wie die anderer Völker. Heute, wo es uns manchmal vorkommt, als drängten

auch bei uns große revolutionäre Bewegungen

an die Oberfläche, die uns auch zu Entwürfen hinführen, die nicht nur für Deutschland verderblich wären, sondern die ihre Verderblichkeit auch über unsere Grenzen hinausführen würden —

heute handelt es sich für das deutsche Volk darum, ob es endlich zu wirklichem Frieden kommen kann, oder ob für das deutsche Volk der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein soll.

Ich glaube, was wir über die Aufgaben des deutschen Volkes in dieser Gegenwart denken, habe ich klar und deutlich in der Erklärung des Kabinetts im Reichstag, in der Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelsrat und in der Rede in Stuttgart zum Ausdruck gebracht. Es hier zu wiederholen, dessen bedarf es nicht, da Sie selbst mit so freundlicher Anteilnahme dieser Reden gedacht und ihnen ein weitgehendes Echo gegeben haben. Schließlich löst sich alle Politik in wenige große Grundgedanken und Grundsätze auf.

Wenn ich noch einmal in diesem Augenblick auf Goethe hinweisen darf, so denke ich da an ein Wort, das er einst in einem großen Kriege geschrieben hat:

„Nachgiebigkeit bei großem Willen.“

Nachgiebigkeit bei großem Willen! — Das möchte ich hinstellen als das Sinnbild der Politik, die ich zu führen habe. Nachgiebigkeit in allen materiellen Dingen. Nicht dadurch ist ein Volk groß, daß es reich und begütert ist, daß es hungert und im Elend ist, groß ist ein Volk durch die sittlichen Kräfte, die es ausstrahlt.

Nachgiebigkeit in materiellen Dingen, aber Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des deutschen Bodens, die nicht einen Stein von deutschem Boden lassen wird —

diese Nachgiebigkeit auf der einen und die Unnachgiebigkeit auf der anderen Seite, das ist die Politik, die ich will, zu der ich mich bekenne. Wenn Deutschland die Grenzen behält, auf die wir ein Recht haben, die Souveränität, die uns verbürgt, dann wird es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von uns verlangen kann. Wenn die Welt sich den Frieden wiedergeben will, wenn sie sich darüber klar ist, daß es schließlich in diesem großen Zeitalter nicht nur geht um die Beziehungen von einem Volk zum anderen, sondern schließlich um eine Idee, die mehr ist als die Phrase, um eine Idee europäischer Kultur, um eine Idee der Menschheitsentwicklung, dann werden die Staatsmänner, die ihre Zeit begreifen und wissen, um was es sich handelt, auch schließlich diesen großen Gedanken sich zuneigend sich verpflichtet fühlen

Ihrerseits die Hand dazu zu bieten, den endgültigen Frieden zu schließen, zu dem wir bereit sind, den herbeizuführen ich als erste Aufgabe des Kabinetts betrachte,

das meinen Namen trägt. In diesem Bestreben und in diesem Kampf, einen Frieden herbeizuführen, der über die Beziehungen, die zwischen uns und anderen Ländern, die einst nicht von Haß und nicht von Reid erfüllt waren, hinaus europäische und Menschheitsideen in sich faßt, erblicke ich Ihre Unterstützung. Ich darf mich dieser Unterstützung rühmen nach der freundlichen Aufmerksamkeit, die Sie den Rundgebungen zugewendet haben, die ich als Kanzler des Deutschen Reiches in meinen Reden zum Ausdruck bringen konnte. Ich darf Sie bitten, dieses freundliche Interesse dem deutschen Volke, der deutschen Regierung und mir zu erheben. Ich bitte Sie nicht um einen Bericht auf Kritik, ich bitte Sie nur um Objektivität, um ein objektives Erkennen dessen, was hier in diesem Mitteleuropa, in diesem Deutschland vor sich geht, ohne das und gegen dessen Willen schließlich diese ganze Entwicklung nicht vor sich gehen kann. In einer Zeit, in der die Beziehungen der Völker sich verengt haben, in der die Zahl der Menschen, die fremde Sonnen sehen, kleiner ist als früher, fällt Ihnen eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu. Sie sind das geistige Bindeglied, Sie sind die große Zentrale der Uebermittlung geistiger Gedanken, die eine Brücke schlagen über die Landesgrenzen und über den Ozean, jetzt, wo nicht mehr dem Einzelnen, wie das früher der Fall war, die Möglichkeit gegeben ist — wenigstens für uns trifft das zu — die Grenzen zu überschreiten und die Brücken zu betreten. Und darüber, was die Presse in dieser Zeit tut, ob sie den Frieden der Welt herbeiführt oder den Haß der Welt verewigt, darüber wird einst die Geschichte richten und dafür wird das Wort gelten: der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahrt sie!

Der oberste Gerichtshof in Moskau hat den Einspruch des deutschen Eigentümers des Schiffes „Merkur“ gegen die Beschlagnahme abgelehnt. Der „Merkur“ ist seinerzeit von russischen Wehrgeisellen verschleppt und widerrechtlich verkauft worden.

Wo bleibt da Euer Schongefühl, Ihr Bucherer, Devisenhändler, feigen Aushungerer, die Ihr aus der Not ein Geschäft macht?

Vor jedem dieser Flüchtlinge müht Ihr Euch in den Dred verkrüchten.

In Erfurt stiegen sie um. In mein Abteil kamen zwei vollgepackte Zeitgenossen ältester Sorte, die mit Behagen über Deutschlands Not sprachen wie über eine selbstverständliche Sache.

Mit ihren Brillanten an den Fingern und der ganzen Aufmachung, ihrem Schimpfen auf alles, was ihnen das Handwerk erschwerte, konnte einem übel werden. In Berlin wurden die beiden im Auto abgeholt, während zur gleichen Zeit die Bankleute vom Rhein jedenfalls mühselig auf dem Weg nach Gernsrode unterwegs waren.

Ein Ministererlass für Vogelstich. In den letzten Jahren haben sich die Fälle der Vogelsticherei bei uns erschreckend gemehrt. In vielen Gegenden werden Vogelstiche von Unbesugten in ständig wachsender Anzahl errichtet. Laufende von Vögel werden in jumeist roher und widerwärtiger Weise zu Tode gequält. Damit leidet die Allgemeinheit einen großen Schaden, da die Vögel bis auf wenige Ausnahmen die nützlichsten Bundesgenossen des Menschen im Kampf gegen die tierischen Schädlinge des Fruchtbaues und des Waldes sind. Das Gesetz vom 8. Juni 1920, das den Fang und Abbruch nützlicher und leistungsfähiger Vögel untersagt, hat noch nicht genügt, unsere Vogelwelt auf die Dauer zu sichern. Da viele Kinder infolge schlechter Leitung Verfolger unserer Naturvögel sind, erklärt jetzt das preussische Kultusministerium in einem Rundschreiben es für notwendig, immer wieder in den Schulen und auf Elternabenden auf den Nutzen der Vogelwelt und die strenge Bestrafung von Uebertretungen hinzuweisen.

Japanische Baukunst. Die Erdbebencatastrophe in Japan hat neben so unzähligen Menschenopfern und Zerstörungen von Millionenwerten auch die Vernichtung herrlicher Bauten zur Folge gehabt. Die japanische Baukunst hat besonders in den Tempeln einen eigenartigen Stil entwickelt, dem die schönsten Werke entstammen. Wie Karl Witt in seiner in der Seemannschen „Bibliothek der Kunstgeschichte“ erschienenen „Japanischen Baukunst“ hervorhebt, ist diesen japanischen Bauten eine durchgehende Entwicklung nach der Breite hin gemeinsam; nirgends hat man, wie es in den antiken Domen des Abendlandes am ausgesprochensten ist, die Wirkung nach der Höhe gestrebt. Gewiß mag diese mit dem reinsten Geschmack durchgeführte Einbettung des Baukörpers in die Landschaft schon von der Furcht vor Erdbeben mitbestimmt sein, da ja niedrige Bauten den Erschütterungen weniger ausgesetzt sind. So sind die japanischen Häuser und ebenso die ausgedehnten Tempel- und Klosterkomplexe in die Natur eingefügt und ziehen sich in lockerer Gliederung vielfach an waldig-büchsigem Gelände hin. Das Hauptgebäude des japanischen Tempels ist das Kondo, die goldene Halle, an die sich das Kodo, die Predighalle, anschließt. Während sich in den buddhistischen Gotteshäusern ein wahrer Märchenwald von Statuen befindet, wird in den shintoistischen Tempeln nur das heilige Schwert und der hei-

Zuspitzung der Fiume-Frage.

Wichtige Beschlüsse der südslawischen Regierung.

Belgrad, 7. September. (WFB.) Die Berichte über die Verhandlungen mit Italien in der Frage von Fiume lauten sehr ungünstig, und man glaubt nicht, daß es zu einer Verständigung kommen wird, so daß ein Schiedspruch des schweizerischen Bundespräsidenten unvermeidlich erscheint. Das Blatt „Politika“, welches über die letzte Minister Sitzung berichtet, führt aus, Italien mastiere in seinen letzten Vorschlägen den Wunsch, Fiume zu annektieren. Es müsse aber ein Fiume-Freistaat bestehen, wenn an der Adria ein längerer Friede gewünscht werde. — Ministerpräsident Postich und Minister des Äußern Antschitsch wurden von dem Beschluß der Regierung telegraphisch benachrichtigt. Vor dem Eintreffen ihrer Antwort wird der von der Regierung gefasste Beschluß der italienischen Regierung nicht bekanntgegeben werden. Ausgehend von dem Standpunkte, daß das gegenwärtige Gleichgewicht am Balkan nicht geändert werden dürfe, beschloß die Regierung, in dem italienisch-griechischen Streitfall Zurückhaltung zu bewahren und die Entwicklung der weiteren Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, ihren Standpunkt aber jenem internationalen Forum, welches mit der Entscheidung des Streitfalles betraut wird, bekanntzugeben.

England wartet ab.

London, 7. September. (WFB.) Eine gestern abend ausgegebene offizielle Note weist darauf hin, daß in offiziellen Kreisen nichts von den Informationen der belgischen Presse bekannt sei, daß neue Verhandlungen vorbereitet würden, um zu einem Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen. England habe auch keine Anhaltspunkte, die die Verwirklichung dieser Möglichkeit im Augenblick gestatten würden. Immerhin könne aus gewissen Anzeichen, besonders aus der letzten Stuttgarter Rede des deutschen Reichskanzlers geschlossen werden, daß Schritte zu einer günstigen Lösung des Ruhrkonflikts unternommen würden.

Rheinische Währung!

Düsseldorf, 7. September. (WFB.) Der Direktor der Düsseldorf Reichsbankfiliale und eine Reihe von Vertretern der linksrheinischen Gemeinden sind von der Rheinlandkommission nach Koblenz gebeten worden, um dort an einer Besprechung über das Notgeld teilzunehmen. Diese Maßnahme würde selbstverständlich nur ein Uebergang zu dem eigentlichen Ziel der Schaffung einer rheinischen Währung sein. Der an sich münchenswerte Zustand ist bereits durch Besprechungen der südtischen Finanzverwaltungen untereinander erreicht worden, indem in jeder rheinischen Großstadt Ratgebe der anderen Städte ohne weiteres angenommen wird. Damit erübrigen sich Maßnahmen der Rheinlandkommission.

Eisenbahner verurteilt!

Bonn, 7. September. (WFB.) Das Kriegsgericht in Bonn verurteilte am 4. September 12 Eisenbahner des Betriebsamts Euskirchen, weil sie ihre Pflicht als deutsche Beamte erfüllt hätten, zu Strafen von 3 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängnis, einen Eisenbahner vom Bahnhof Dornum zu 6, einen von Sünkerath zu 3 Jahren Gefängnis und außerdem einen von ihnen zu einer Geldstrafe von 300 000 M. Vier Beamte, die alle auf der Eiselfreide stationiert sind, sind schon in früheren Kriegsgerichtssitzungen zu Strafen von einem Monat bis zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Köln, 7. September. (WFB.) Am 4. September kam hier ein Transport von 88 Angehörigen ausgewiesener Eisenbahner aus Bülgen durch, darunter 17 Kinder, und am 5. September ein Transport von 20 Angehörigen ausgewiesener Eisenbahner, darunter 8 Kinder aus Euskirchen und Bonn.

Effen, 7. September. (WFB.) Mittwoch und Donnerstag erliefen bei der Firma Krupp eine französische Kommission, die die gesamten Werke einer eingehenden Besichtigung unterzog. Gerüchtwiese verlautet, daß die Krupp-Werke von den Franzosen besetzt werden würden, wofür das vor einigen Tagen neueingetroffene Bataillon bestimmt sei.

Effen, 7. September. (WFB.) Die Zeche Langenbram wurde vorgefesselt von Infanterie und Panzerautos besetzt. Die Besatzung trat in einen Proteststreik. Die Kohlenhalben wurden von den Franzosen mit Stacheldraht umzäunt.

Zweierlei Menschen.

Von Teheata.

Wir bekommen in Fulda einen Trupp Ausgewiesener in den Wagen. 178 Personen aus St. Goarshausen, Caub usw. Sie alle hatten Knall und Fall die Heimat verlassen müssen. Vom Wickelkind bis zum Jubelreife waren sie in einer Abteilung vereinigt, um in Gernsrode eine neue Heimat aufzusuchen.

„Mutter, kommen wir heut noch wieder heim?“ fragte ein vierjähriges Kind.

„Ich hab Dir ja schon ein paar mal gesagt: nein. Heut nicht und morgen nicht, lange nicht.“

„Auch zu Weihnachten nicht?“ Zwei bange Augen blickten fragend die Mutter an.

„Wer weiß, vielleicht sind wir dann daheim, wer weiß.“

Die Männer greifen nun das Thema auf: „Ach, bis Weihnachten sind wir längst wieder am Rhein.“ Sie blickten mich fragend an:

„Nach menschlichem Ermessen doch wohl ja,“ antwortete ich tröstend.

„Wo mag jetzt Winka sein?“ fragt ein Junge.

„Die wird wohl schon schlafen.“ Beneidenswerte Jugend, die weiter keine Sorge hat, als wo die Rahe jetzt ist.

Dann packen die Alten aus. Ihre Köpfe sind bunt durcheinander gemischt. Man hat ihnen nur zwei Stunden Zeit gelassen. Sie durften nichts mitnehmen, keine Wäsche, keine Kinder Sachen, nichts, nichts.

Immer wieder quälen die Kinder mit Fragen nach dem Daheim, sie wühlen undarmherzig in der Bunde.

Es sind Eisenbahner, die am Montag des Schicksals ereilte. Wertwändig nur, wie die Leute dazu kommen, auf Erzberger zu schimpfen.

„Hätte der nicht untergeschrieben, dann wären die Franzosen nicht so frech geworden,“ sagten sie.

Woher diese Leute ihr Urteil haben, ist bei der Einstellung der ländlichen Presse leicht zu erklären.

Sie hörten dann von mir davon, daß gerade Erzberger das Beste gewollt hat und daß ihnen ihr Schicksal vielleicht erspart geblieben wäre, wenn mir Erzberger und Rothenau noch hätten.

Weinend erzählt mir ein altes Mütterlein, daß sie noch nicht einmal von ihren Kindern Abschied nehmen konnte.

Wir gegenüber hat eine Frau ein Kind an der Brust, das sie so mit hat, wie sie es aus dem Rord nahm. Es sind brave Leute.

Kurz vorher hat man ihnen noch 33 Frank pro Tag geboten, wenn sie daheim französische Dienste tun wollten. Denkt darüber nach Ihr Menschen in der Clappe: Das waren 25 Millionen für einen Tag. Und sie haben Nein gesagt, sind ihrer Heimat nicht untreu geworden: für eine Milliarde im Monat.

lige Spiegel bewahrt. In anderen Gebäuden, die zu einer Tempelanlage gehören, seien der Stiftertempel, die beiden meist symmetrisch angeordneten Glocken- und Trommettürme, sowie der Schatzraum, die Bücherei und die Gebethshalle erwähnt. Priesterhäuser, Gasthaus und andere weltliche Gebäude kommen hinzu. Eine eigenartige Prägung verleihen den Bauten die Tore, die bald feierlich würdig den Eindringling abwehren, bald mit prunkvoller Weize zum Besuch einladen. Mit ihren kräftigen Farben, ihren reich geschwungenen Dachern, dem prachtvollen Schnitzwerk haben sie eine wundervoll plastische Körperlichkeit. Die einfachen Innenräume der Tempel sind aus dem Innenraum des Privathauses entwickelt worden und atmen eine große Intimität und Feierslichkeit. Viele dieser Wunder dürften der Vernichtung anheimgefallen sein.

15 Sekunden zu früh. Ein Verium von 15 Sekunden wird 509 Russen, 250 Polen und 11 Donziger Auswanderer der Mäßigkeit berauben, unter der für den September geltenden Einwanderungsquote nach den Vereinigten Staaten hineinzukommen. Bei den Weitreimen der Auswandererschiffe, die jetzt an jedem Ersten des Monats im New Yorker Hafen üblich sind, irrte sich nämlich ein Schiff um 15 Sekunden und überfuhr die Quarantänelinie des New Yorker Hafens 15 Sekunden vor Mitternacht des Freitags, des 1. September. Danach waren die Einwanderer noch im August in den Vereinigten Staaten angelangt, und da die für den August zugewiesenen Zahlen bereits in den ersten Tagen dieses Monats erreicht wurden, dürfen die Einwanderer nicht nach Amerika hinein. Andere Schiffe irrten sich um drei, vier und fünf Minuten, die sie zu früh eintrafen, und so werden im ganzen 1130 Einwanderer aus den südlichen Staaten Europas und den asiatischen Ländern zurückgewiesen, haben also die Reise umsonst gemacht. Der Einwanderungsminister Mr. Curran ist sehr streng und bekämpft diese Weitreimen der Schiffe, die Lebensgefahr für die Passagiere in sich schließen und die Stationen überfüllen, auf das heftigste.

Das Renaissance-Theater wird die neue Spielzeit mit von A. M. Minger noch nicht aufgeführtem Drama „Die Zwillinge“ eröffnen. Hierzul seien Leonid Andrejews „Studentenliebe“ und „Gesetz von A. B. Gaster. Nach vor Weihnachten soll die Uraufführung des dramatischen Märchens „Nischenbrädel“ von Grabbe stattfinden.

Gäste im Deutschen Opernhaus. Richard Schaubert tritt am 11. Sept. als Hobenrath und am 14. als Stolz auf. Ulrich Fleckner tritt am 10. den Rubold in „Robbe“ und am 12. den Casaraboff in „Lotta“. In der „Alba“-Aufführung vom Sonntag singt Vera Schwarz die „Alba“. Franz Cahier die Amneris, Rudolf Lautenschlager den Abrahams.

Theaterpreise in Gold. Das „Theater im Admiralspalast“ berechnet als erste der Berliner Bühnen die Preise seiner Plätze in Goldmark von 30, 50, 70, 90 Goldmarken usw. bis 3 Goldmark. Die Logen kosten 5 und 6 Goldmark. Der zur Anwendung gelangende Multiplikator — 2 Millionen für eine Friedenmark — steht weit unter dem Dollarkurs.

Das Papierland der Zukunft. Der größte Hersteller von Zeitungspapier wird vom nächsten Jahre an Kanada sein. Diese Vorherlage wird in einem Bericht des kanadischen Staatlichen Amtes gemacht. 104 Papierfabriken sind gegenwärtig in Kanada in Tätigkeit, von denen 49 nur Papiermasse, 38 nur Papier und 28 Masse und Papier zugleich erzeugen. Die Menge der hergestellten Papiermasse betrug im 1922 auf 2 150 261 t, davon 1 081 264 t Zeitungspapier.

Konferenz der Betriebsvertrauensleute.

Ueber das Thema: „Die gegenwärtige Situation — die Aufgaben des Proletariats“ referierte gestern abend vor den Betriebsvertrauensleuten, den Betriebsräten und Gewerkschaftsführern

Genosse Crispian.

Unsere Partei, sagte er, hat die Bildung einer Koalitionsregierung als lehrreiches Mittel angesehen, Volk und Land vor dem Untergang zu bewahren. Die Erfüllung des Friedensvertrages sahen wir so an, daß Deutschland dabei bald an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehen müßte. Die Wirtschaftspolitik verhinderte die Ruhebefehle und brachte eine Herabminderung der Reparationslasten. Ein Moratorium und die Verhandlungsaussichten wegen einer großen Anleihe waren weitere Erfolge des damaligen Kabinetts. Als allerdings Wirth sich wegen Garantieleistung an die Industrie wandte, lehnte diese ab. Er war ihnen zu linksgerichtet. Da tauchte der Gedanke auf, durch Aufnahme der Partei der Schwerindustrie, der Deutschen Volkspartei, eine Regierung der Garantien zu bilden. Die Sozialdemokratie lehnte ab, in ein solches Kabinett einzutreten. Die Regierung Cuno kam und gelobte, die Erfüllungspolitik fortzusetzen. Heute ist zu konstatieren, daß jene Regierung nichts unternommen hatte, die Ruhebefehle zu verhindern. Nach heftiger Art wurde der passive Widerstand durch den Druck von Banknoten finanziert. Eine riesige Verschärfung der Inflation war die Folge. Schließlich ist die Regierung Cuno zusammengebrochen. Gegen die Koalitionspolitik besteht das Bedenken, daß wir vielleicht doch nicht die Gefahren, die von den Reichsorganisationskommissionen, annehmen können, andererseits aber den wertvollsten Teil unseres Volkes, die Sozialdemokratie, hindern, wirkungsvoll die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Koalitionspolitik treiben heißt: an der revolutionären Substanz zehren, hüten wir uns vor dem gänzlichen Verbrauch. Die neue Regierung bekam die Durchführung einer ganzen Reihe von Forderungen und Beschlüssen mit auf den Weg. Die Steuergesetze wurden bald von Landwirtschaft, Industrie und Handel sabotiert. Das Kernproblem der Finanzreform ist die Erfassung der Sachwerte. Nur durch sie ist eine Währungsreform zu betreiben, die zu einer Stabilisierung der Mark führt.

Wie sieht's im Ruhrrevier? Soll nicht unsere Abwehrfront zerbrechen, müssen wir schnellstens zu Verhandlungen kommen. Sollte dabei das bewußte Angebot der Industrie eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden wir den Widerstand der Arbeiterschaft einleiten. Das Kapitel Reichswehr ist eine schwere Belastung für die Koalition. Der Frau Zeigner-Gehler zeigt, wie weit die Bildung einer „schwarzen Reichswehr“ gedeutet ist. Die Demokratisierung der Verwaltung ist ohne Änderung der verfassungsmäßigen Vorrechte der Beamten nicht durchzuführen. Redner erklärte zum Schluß seiner Ausführungen: Die große Koalition ist nicht der Weisheit letzter Schluß. Befürchten wir uns auf unsere große geschichtliche Aufgabe als Partei des Proletariats.

Die Diskussion ergab die Zustimmung der Redner zu den Ausführungen des Referenten. Einstimmige Annahme fand folgende

Resolution:

Durch den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition sollte angefangen die schweren außen- und innenpolitischen Situation eine vom Vertrauen breiter Schichten getragene und unterstützte Regierung gebildet werden. Die Arbeiter sollten, als die Regierung Cuno-Beder es war. Die Regierung der großen Koalition ist nun fast einen Monat im Amt, und es ist allgemein offenbar geworden, daß sie die Hoffnungen täuschen wird und das Vertrauen der arbeitenden Massen nicht erringen kann, wenn nicht in letzter Stunde mit eisernen Maßnahmen die Sabotage der kapitalistischen Schichten gebrochen wird.

Deshalb muß die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einleiten und die arbeitenden Massen in Bewegung bringen, um durch einen entschlossensten Druck den Widerstand und den Klassenegoismus der Besitzenden zu brechen.

Die Sozialdemokratie darf sich nicht mitverantwortlich machen für eine Politik, die nicht im Einklang zu bringen ist mit den Interessen der Massen und die das schon bestehende Elend bis zur Unentzerrlichkeit steigert.

Die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD, Groß-Berlin verpflichten sich deshalb angefangen dieser katastrophalen Lage, durch Aufklärung und Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den Betrieben, das Proletariat auf die seiner harrenden und nahe bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten und den Weg zu bahnen für eine Regierung, die sich stützt auf die Arbeiterklasse, und die getragen wird von den proletarischen Organisationen.

Beamte für die Berliner Schutzpolizei.

Um die in der Berliner Schutzpolizei noch vorhandenen Wachtmeisterstellen zu besetzen, können mit Genehmigung des Ministers des Innern auch solche Bewerber eingeleitet werden, die nicht die Polizeischule besucht haben. Für die Einstellung, die sofort erfolgen kann, kommen nur Personen in Frage, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, jedoch nicht älter als 26 Jahre sind. Es wird verlangt, daß die Bewerber über volle Polizeidienstfähigkeit verfügen, im Besitz der deutschen Reichsbürgerrechte sind und nachweisen können, daß sie die obersten Klassen einer Gemeinde- oder Volksschule besucht haben und völlig unbescholten sind. Als Mindestgröße kommt 1,68 in Frage. Die Bewerber, die eine zwölfsährige Dienstverpflichtung übernommen müssen, nach deren Beendigung sie in der Schutzpolizei lebenslanglich angestellt werden, müssen ferner unverheiratet sein, über eine gute geistige Aufnahme-fähigkeit verfügen und Gewähr bieten für großes Pflichtbewußtsein, das für den schweren Dienst in der Schutzpolizei unerlässlich ist. Persönliche oder schriftliche Meldungen werden bei folgenden Stellen entgegengenommen: Polizei-Gruppen-Kommando West, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. 5, Mitte, Prinz-Friedrich-Karl-Str. 12, Süd, Friesenstr. 16, Nord, Chausseest. 95/97, Ost, Köpenicker Str. 185, Südost, Treptow, Bodestr. 87/100, Berliner Polizei-Inspektion, Friesenstr. 16.

Zum Eisenbahnunglück bei Hannover.

Eine Ergänzung der Totenliste.

Zu der von uns veröffentlichten Totenliste des Eisenbahnunglücks ist noch nachzutragen, daß es sich in dem Fall des totgemachten Kaufmanns Erich Bolke aus Berlin um einen Jertum handelt. Es handelt sich tatsächlich um den Oberingenieur J. Kleisner aus Berlin-Friedenau. Der ums Leben gekommene Angestellte des holländischen Verkehrsunternehmens heißt Wilhelm Sawagard, wohnhaft in Neunhaus, Kreis Bentheim.

Verlegung der Eisenbahnhauptkasse Ost. Wie man uns mitteilt, wird die in den Diensträumen der Reichsbahndirektion Ost am Bahnhof Zoologischer Garten untergebrachte Eisenbahnhauptkasse nach Frankfurt (Oder) verlegt. Sie ist insoweit vom Dienstag, den 11. d. M., ab geschlossen. Vom 13. d. M. ab wird sie voraussichtlich in Frankfurt (Oder) ihre Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufnehmen. Die Kasse hat unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn Eisenbahnhauptkasse Ost in Frankfurt (Oder)“ Postkontonr. Nr. 75 480 bei dem Postfachamt Berlin und ist dem Reichsbahnverkehr bei der Reichsbankstelle Frankfurt (Oder) angeschlossen.

Ein kostspieliger Versuch. Die Dampfer „Virginia“ und „New Jersey“ wurden an der amerikanischen Küste durch Luftbomben versenkt, aus Anlaß eines Versuches, der beweisen soll, daß die amerikanische Küste allein durch Flugzeuge ohne Flotte geschützt werden kann.

Der kümmerliche Rest.

Die 31 übriggebliebenen Linien der Straßenbahn.

Im heutigen Morgenblatt war kurz über die nächsten Maßnahmen der neuen Straßenbahnleitung berichtet worden. Wir geben zur genaueren Unterrichtung unserer Leser eine ausführliche Uebersicht über die von Montag ab verkehrenden Linien. Der einmal geföste Fahrplan gilt, wie wir mitteilen, zum einmaligen Umsteigen. Zur besseren Uebersicht über die verbleibenden Straßenbahnlinien würde ein von der neuen Leitung schnellst herauszubringender Linienplan große Dienste leisten. Bei dem verkehrstechnisch völlig unzulänglichen Straßenbahnnetz kann der Fahrgast Zeit- und Geldverluste, die durch Benutzung solcher Linien entstehen, nur vermeiden, wenn er mit einem Blick die ihm zur Verfügung stehenden Verkehrsmöglichkeiten übersehen kann.

- Linie 1, Stadtring, 7½-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert.
- Linie 3, Großer Ring, 15-Minutenbetrieb, Vereinigung der jetzigen Ringlinien 3 und 5 derart, daß im Westen die Linienführung der bisherigen Ringlinie 5 und im Osten die der bisherigen Ringlinie 3 beibehalten ist. Schnittpunkte: Weddingplatz und Hasenheide, Ede Fichtestraße.
- Linie 4, Ostwestring, 15-Minutenbetrieb, wie jetzt, jedoch mit einigen Abweichungen im Noabiter Stadtteil (künftige Linienführung: Sellenstr., Jannstr., Verlegerer Str., Stromstr., Hainplatz, Großer Stern) und im Südosten (künftige Linienführung: Blücherstr., Hasenheide, Hermannplatz, Kaiser-Friedrich, Pannierstr., Reichenberger Str., Grünauer Str., Wiener Str.) zwecks Ausschaltung unwirtschaftlicher Streckenabschnitte.
- Linie 7, Bestring, 15-Minutenbetrieb, in seiner früheren Form, d. h. durch die Brunowstr., Goltz, Raabenstr., statt über Kaiser-Friedrich, Bülowstraße.
- Linie 13, Goktowskystr.—Schlesischer Bahnhof, 15-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert.
- Linie 15, Herinannplatz—Birken. Ede Bremer Straße, 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Pantow, Damerowstr.—Buchholz, 30-Minutenbetrieb, und Pantow, Kreuzstraße—Platanenstr., 30-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt bis Pantow. Ede Badstr., weiter durch Prinzenallee—Wollankstr.
- Linie 23, Leipziger Platz—Pantow, Damerowstraße, 15-Minuten-Betrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Pantow, Damerowstraße—Buchholz, 30-Minutenbetrieb, und Pantow, Kreuzstraße—Platanenstr., 30-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt bis Pantowstraße Ede Badstraße, weiter durch Prinzenallee—Wollankstr.
- Linie 26, Legel—Brih, Grabestr., 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb zwischen Legel—Legelort, Legel Heiligensee, Scharnweber. Ede Berliner Str.—Bütenau und Brih, Grabestr.—Sudam, 30- bis 60-Minutenbetrieb.
- Linie 32, Reinickendorf, Pantower Allee—Unter den Linden Ede Charlottenstr., 15-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt.
- Linie 41, Reinickendorf, Rathaus—Bärwaldstr., 15-Minutenbetrieb, Linienführung wie bisher.
- Linie 44, Friedenau, Kaiserplatz—Börliger Bahnhof, 15-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt, in Noabit jedoch über die Turmstr. statt über die Straße Mit-Noabit.
- Linie 47, Niederschönhausen—Brih, Juliusstr., 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Brih, Rudower Str.—Rudow, 30- bzw. 60-Minutenbetrieb.
- Linie 54, Kupfergraben—Westend, Kirchhofallee—Spandau-Hasenheide, 15-Minutenbetrieb, auf dem Wege der jetzigen Linie P.
- Linie 57, Schönhauser Allee Ede Pappellack—Emser Platz,

- 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Emser Platz—Hasenheide, 30-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert, jedoch durch Karl-Friedrich-Str. statt Luisenlr.
- Linie 60, Weisensee, Schloß—Schöneberg, Mühlenstr., 15-Minutenbetrieb, bis Schöneberg, Auguste-Victoria-Krankenhaus über Saar-, Beder- und Rügenstr., 30-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb ab Mühlenstr. nach Goltzstr., 30-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert.
- Linie 64, Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Platz—Bismarckstr. bis Hohenschönhausen, Degenerstr., 15-Minutenbetrieb und anschließendem Einmannwagenbetrieb Sophie-Charlotte-Platz—Bahnhof Heerstr., 30-Minutenbetrieb, Linienführung zwischen Hohenschönhausen und Charlottenburg, Anie, wie bisher.
- Linie 69, Friedenau, Kaiserplatz—Lichtenberg, Hubertusstr., 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Hubertusstraße—Friedrichsfeide, 30-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert.
- Linie 72, Alexanderplatz—Prenzlauer Promenade, 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Prenzlauer Promenade—Heinersdorf, Kirche, 30-Minutenbetrieb, und Prenzlauer Promenade bis Antonplatz, 30-Minutenbetrieb.
- Linie 74, Kniprodstr.—Steglich, Händelplatz, 15-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt durch Potsdamer-, Haupt-, Rhein-, Schloßstr.
- Linie 76, Hasensee, Hobergstr.—Frankfurter Allee, Ringbahnh., 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Hasensee—Brunowald, Königsallee—Schmargendorf—Bilmersdorf, 30-Minutenbetrieb, und Frankfurter Allee, Ede Königsberger Str. bis Rummelsburg, Rathaus, 15-Minutenbetrieb, Linienführung wie jetzt, nur nicht über Grüner Weg, sondern ab Kolonnenmarkt nach Uten wie die Linie 69.
- Linie 83, Mahlsdorf—Wendenschloß, jetzt 30-Minutenbetrieb zu den Hauptverkehrszeiten.
- Linie 84, Friedrichshagen—M.-Gilenide.
- Linie 87, Steglitz, Stadtpark—Treptow, Ringbahnhof, 15-Minutenbetrieb, Treptow—Köpenick, Lindenstr., 30-Minutenbetrieb, Linienführung unverändert.
- Linie 91, Bilmersdorf, Wilhelmsau—Börliger Bahnhof, 15-Minutenbetrieb, mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Bilmersdorf, Wilhelmsau—Schmargendorf, Brunowald, Königsallee, Hasensee, Westfälische Str., Linienführung zwischen Wilhelmsau und Potsdamer Platz wie bisher, ab Rollendorfplatz jedoch über Köpenick, Potsdamer Str. statt durch Genthiner, Lützowstr., vom Potsdamer Platz über Königgrüher-, Anhalt-, Koch-, Oranienstr.
- Linie 98, Neutölln, Teupitzer Str.—Siemensstadt, 15-Minutenbetrieb, Siemensstadt—Biedersdorf, 30-Minutenbetrieb, und jede zweite Wagen bis Neutölln, Venusplatz, Linienführung unverändert.
- Linie 99, Mariendorf, Richtenrader Chaussee—Badstr., Ede Egerjerstr., 15-Minutenbetrieb, über Egerjerstr., Seestr. bis Amrumstr. und über Kolonie, Dronheimer, Provinzstr. bis Pantower Allee je 30-Minutenbetrieb, Linienführung ab Hallesches Tor durch die Linden, Markgrafen-, Koch-, Charlotten-, Französischestr., Schloßplatz, Königstr., Spandauer Str.
- Linie 120, Spandau, West—Hennigsdorf (Benzobetrieb) unverändert.
- Linie M, Bahnhof Steglitz—Mariendorf, 15-Minutenbetrieb.
- Linie LH, Bahnhof Steglitz—Hindenburgdamm—Lichterfelde-Ost, 15-Minutenbetrieb.
- Linie J, Bahnhof Zoologischer Garten—Lichterfelde, Drahtstr., 15-Minutenbetrieb, unverändert.
- Linie Z, Lichterfelde-Ost—Einhardsdorf (statt bis Radnowers Schleufe), wie jetzt.

Gewaltige Preissteigerungen.

Das Marktbrot wird von Montag ab 720 000 Mark, die Schrippe 30 000 Mark, das marktfreie Brot von morgen, Sonnabend, ab 2 800 000 Mark, die marktfreie Schrippe 120 000 Mark kosten. Die Butternotierungskommission hat den Butterpreis auf 8 Millionen festgesetzt, das bedingt für die nächste Woche einen Milchpreis von etwa 1,3 bis 1,4 Millionen Mark. Die Steigerung des Marktbrotens wird in der übernächsten Woche noch bedeutend weiter gehen. Nicht nur die Löhne, die für die Zeit vom 10. bis 16. September 110 Millionen betragen, führen dazu, auch der Weltpreis der Reichsgetreidestelle soll eine gewaltige Erhöhung erfahren. Die Auswirkungen des Dollarprinzuges zeigen sich also auch bei allen kommunalen Lebensmitteln sehr schnell, wenn auch der freie Handel immer noch ein Stück voraus bleibt. Da die Löhne und Gehälter nicht im entferntesten mehr sich diesen Preisprüngen anpassen, so drängt uns jeder Tag weiter in die Verelendung hinein.

Zustrom an einer Neunjährigen.

500 000 Mark = 5 Goldpfennige Belohnung.

Ein Zustrom an einem schulpflichtigen Mädchen wurde gestern spät abends auf dem Grundstück Uhländstr. 185/186 entdeckt. In einer Kellernische des Hausgrundstücks wurde die am 23. April 1914 zu Berlin geborene Tochter Ingeborg des Schlächters Parikowski ermordet aufgefunden. Das Kind lag, in einer dunklen Nische des Kellers, ungefähr 10 Schritte von der Treppe entfernt, mit dem Gesicht auf der Erde. Aus ihrem Munde war Blut gequollen, das auch über die Schulmappe gelaufen war, die es noch am Arme trug. Es handelt sich um die Tochter eines Wüstlings. Der Täter hat sein Opfer mit einer Zuckerschur, die er dem Kinde um den Hals gesteckt hatte, erdrückt.

Der Mordbereitschaftsdienst stellte folgendes fest: Ingeborg Parikowski war gestern früh von ihren Eltern zur Gemeindefschule geschickt worden. Mittags gegen 1½ Uhr war sie in Begleitung einer Freundin zurückgekehrt. Während nun das andere Mädchen in die Wohnung seiner Eltern ging, begab sich Ingeborg Parikowski nach der eiterlichen Wohnung im Erdgeschoss des Gartenhauses. Die Mutter war jedoch nicht zu Hause. Während die Kleine auf die Mutter wartete, ist sie dem Verführer zum Opfer gefallen. Als die Mutter heimkehrte, fragte sie alsbald nach dem Verbleib ihrer Tochter im Hause nach. Niemand konnte Auskunft geben. Endlich wurde das Mädchen als Leiche entdeckt. Der Mörder hatte dem Kinde eine bereitgehaltene Schlinge um den Hals geworfen, so daß der Kopf mit eingeschuldet wurde und diese so schnell und so fest zugezogen, daß es dem Mädchen wohl kaum noch möglich gewesen sein wird, einen Laut von sich zu geben. Sein Schreien wäre außerdem in diesem dunklen Winkel des Kellers gar nicht gehört worden. Die Kasse Turnhofs des Mädchens war zertrümmert. Ob es vergeblich ist, steht noch nicht fest. Die Leiche wurde nach dem Weichenschauhause gebracht.

Die Ermittlungen nach dem Unhold wurden von der Mordbereitschaft sofort eingeleitet und die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Mitteilungen, die diskret behandelt werden, nehmen die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Dueses im Zimmer 96 des Berliner Polizeipräsidiums jederzeit entgegen. Auf die Ergreifung des Täters wird eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt (d. h. den Wert für drei Straßenbahnfahrten oder bei einem Dollarkurs von 40 000 000 = 5 Goldpfennige). Das Mädchen, das für ihr Alter stark entwickelt ist, ist schon einmal, vor ungefähr einem Jahre, von einem Wüstling verschleppt worden. Damals aber hatte es noch Gelegenheit, um Hilfe zu rufen, so daß der Unhold unerschrockener Gasse gehen mußte.

Nach der Katastrophe.

Die erste Hülfspeidition in Japan angelangt.

Die vom Lordmayor von London in Wege geleitete Subskription für Japan hat bereits beträchtliche Ergebnisse erzielt. Auch die englische Regierung unternimmt alles, was in ihrer Kraft steht, um zu den Hilfsaktionen für das so schwer heimgegriffene verhängelte Land beizutragen. Die englische Chinaflotte ist auf dem Wege nach Japan und führt große Lebensmittelfrachten mit sich. Ein englisches Kriegsschiff ist bereits in dem zerstörten Yokohama angelangt, der Dampfer „Ambrose“ und einige leichte Kreuzer sind auf dem Wege zum selben Ziele und führen Lebensmittel mit sich. Die australische Regierung hat 60 000 Pfund Sterling nach Japan geschickt und kanadische Lebensmittel. Der japanische Botschafter in London veröffentlicht heute im Namen aller Japaner in England und ihrer leidenden Volksgenossen in der Heimat einen ergreifenden Dankesbrief in der Presse. Der Botschafter hat von seinem Kollegen in Peking soeben einen zusammenhängenden drahtlosen Bericht über die Katastrophe erhalten. In diesem Bericht heißt es, das Erdbeben und das ihm folgende Feuer hätten das Land in ein Unglück gestürzt, wie es Japan noch nie erlebt. Yokohama sei durch die Springflut und den Brand völlig zerstört. Weiter seien fast völlig zerstört die Städte Hofuga, Kamakura, Odawara, Koyama, Gotemba, Mihimi, Kaniito, Shimada, Chiba, Hachioji, Kama, Oshi und Kofu. In Tokio sei das Feuer an vierzig oder fünfzig verschiedenen Stellen gleichzeitig ausgebrochen. Unter den zerstörten Gebäuden befinden sich die berühmte Brücke von Njubaki, die französische und italienische Botschaft, die chinesische Gesandtschaft, die Bank von Japan, verschiedene Tempel, zwölf verschiedene Türme, das kaiserliche Museum, der Ueno-Bahnhof, das Kulturmagazin von Meguro, die russische St. Nikolai-Kirche, die Universität mit allen ihren Nebengebäuden, das Militärhospital, die Militärakademie, die militärische Vorbereitungsschule, verschiedene Knaben- und Mädchenschulen, und alle großen Zeitungsgebäude mit Ausnahme des „Tokio Nishin“ und des „Hoch“.

Die Firma Mitsui u. Co. in Hamburg, eines der größten japanischen Handelshäuser, hat nach einer Mitteilung ihrer hiesigen Zweigniederlassung einen Dampfer mit Lebensmitteln nach Kobe und Yokohama geschickt, der dort alle Angehörigen und ihre Familien an Bord genommen hat. Das Geschäftshaus der Firma in Tokio ist niedergebrannt. Verluste an Menschenleben sind jedoch wahrscheinlich nicht zu beklagen.

Londoner Blättermeldungen zufolge ist aus Kobe ein Bericht eingetroffen, wonach in Yokohama die Cholera ausgebrochen ist.

Die weitere Zuckerbefreiung. Die Hauptgeschäftsstelle für Zuckerverkehr teilt mit: Außer der bereits befrierten Septembermark A darf auch die Septembermark B mit einem Pfund Rundzucker beliefert werden.

Jugendveranstaltungen.

Petersburger Viertel. Jugendklub Schule Eberstr. 16. Der Vortrag über „Angriffsbewegung einst und jetzt“ fällt heute abend aus, dafür Diskussionsabend über „Recht und Pflichten der Mitglieder“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

13. Abt. Unser Genosse Wilhelm Kiegel, Wilmstr. 12, ist verstorben und wird am Sonntag in Buch besichtigt. Beerdigung am Freitag 11 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen.

Gewerkschaftsbewegung

„Der Industriearbeiter“.

In Nr. 412 des „Vorwärts“ bespricht Genosse Elyorn meine Schrift „Der Industriearbeiter“ in der Form einiger Zitate aus dem Inhalt von 100 Seiten und schließt mit den Worten: „Dass Dr. Striemer weder den Marxismus begriffen, noch die Arbeiterbewegung verstanden hat und irrtümlich auf die verkehrte Seite gerieten war“. Ich gebe gern zu, dass der Marxismus ganz außerordentlich schwer zu verstehen ist, selbst für die, die über besseres geistiges Rüstzeug verfügen als die große Masse unserer Genossen. Ich habe aber niemals ein Hehl daraus gemacht, dass ich die meisten marxistischen Theorien ablehne, weil sie von unrichtigen Voraussetzungen ausgehen. Deshalb sind die Worte Elyorns „von der verkehrten Seite“ völlig abwegig. Die Partei, der ich zugehöre, heißt Sozialdemokratische Partei, nicht Marxistische Partei. Ziel ist der Sozialismus, der Marxismus ist nur einer der verschiedenen Wege, die vorgeschlagen worden sind, um den Sozialismus zu verwirklichen, der für mich darin besteht, dass das Wohl der arbeitenden Menschen, nicht die Anhäufung von Reichtum gesichert werden soll. War Vassalle kein Sozialist? Wäre er Führer geblieben, wäre die sozialistische Bewegung sehr wahrscheinlich ganz andere Wege gegangen! Wer seine eigenen Gedanken und Erfahrungen über den Sozialismus hat, der stellt sich damit doch nicht außerhalb der Partei, die stark genug ist, um Geistesfreiheit zu gewähren. Die Zahl derjenigen, die geistig mitarbeiten, ist leider viel zu gering, dies liegt auch deshalb, weil der Meinungs-austausch im „Vorwärts“ nicht genügend zum Ausdruck gelangt. Ich bin sehr gern bereit, das Problem der Mehrwerttheorie eingehend darzulegen, wie ich es sehe und wie ich es in der „Betriebsrätezeitung“ auch getan habe. Einige Redenarten genügen nicht bei der ungeheuren Bedeutung gerade dieser Theorie. Was nicht zu halten ist, das soll man mutig über Bord werfen. Ich bedauere es besonders, dass die zahlreichen wichtigen Probleme des Sozialismus, insbesondere des wirtschaftlichen Sozialismus in unserem „Zentralorgan“ so außerordentlich flüchtig behandelt werden.

Dr. Alfred Striemer.

Der Begriff Sozialismus hat eine so weite Ausdehnung erfahren, dass sich jeder seinen eigenen Sozialismus für den Hausgebrauch zurecht machen kann, ohne dass es ihm irgendwer verwehren könnte. Der Sozialismus des Genossen Striemer hat dieses Gesicht:

„Für mich ist Sozialismus die Wirtschaftsverfassung, die jeder Wirtschaftsperson so viel freien Spielraum gewährt, als ihre Beteiligung sich nicht gegen die Interessen der Volksgemeinschaft auswirkt. Die schädlichen Wirkungen entstehen entweder aus einer zu starken Vermehrung der Produktions- oder Handelsbetriebe oder durch monopolistische Zusammenfassungen von Privatpersonen zum Zwecke der Ausbeutung unorganisierter. Die sozialistische Wirtschaft soll... Gemeinschaftsorgane besitzen, die die Produktion und Verteilung der Güter ständig beobachten und die Befugnisse haben, alle Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaft in einem völlig durchsichtigen Zustand zu erhalten. Diese Gemeinschaftsorgane sollen fachliche Arbeitsgemeinschaften von Wirtschaftsführern und Arbeitnehmern sein, während in einer Spitzenorganisation die Harmonie aller Fachgemeinschaften hergestellt werden soll.“ („Der Industriearbeiter“, S. 48 und 49.)

Zwischen den privaten Auffassungen über Sozialismus, ob sie nun auf Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hinauslaufen, auf Sozialliberalismus, auf Gefühlssozialismus oder sonst irgend eine Spielart und dem Sozialismus, dessen theoretische Grundlage die Sozialdemokratische Partei angenommen hat, der Mehrwerttheorie, der Lehre vom Klassenkampf und der Erwerbserwerb der politischen Macht, der Ablösung der privatkapitalistischen durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, ist natürlich ein Unterschied. Sozialist kann in irgendeiner Weise jeder fortschrittlich denkende Mensch sein. Sozialdemokrat, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei jedoch nur, wer die Grundsätze der Sozialdemokratie anerkennt.

Vassalle war freilich Sozialist und war es schließlich auch im Sinne von Karl Marx, aus dessen Schüler er sich mit Stolz bekannte. Doch im Literaturverzeichnis der Schrift Dr. Striemers ist weder eine Schrift von Marx und Engels, noch eine solche von Vassalle aufgeführt, wohl aber eine Reihe von Schriften bürgerlicher Volkswirtschaftslehre, die teilweise scharfe Gegner der Sozialdemokratie und des Sozialismus sind. Erwähnt sind allerdings auch „Die Gewerkschaftsbewegung“ von Dr. S. Rehrig, der „Kommentar zum Betriebsrätegesetz“ von Georg Flatom, „Aus der Betriebsrätepraxis“ von Clemens Körpel und „Deutsche Gewerkschaft für Reichsbrüche“ von Dr. R. Nord.

Dass Genosse Dr. Striemer noch nie ein Hehl aus seiner unsozialdemokratischen Auffassung gemacht hat, ist richtig. Seine

Aufrichtigkeit und sein Wohlwollen für die Arbeiterschaft ist seiner besonderen Einstellung noch stets zugute gehalten worden; auch bei der Besprechung seiner Schrift. Jede weitere Diskussion ist jedoch bei der grundsätzlichen so sehr von der sozialdemokratischen Auffassung verschiedenen sozialistischen Spielart Dr. Striemers gänzlich unfruchtbar.

Friedrich Elyorn.

Aus der Konfektionsindustrie.

10 Proz. Lohnzulage erlaubten sich noch vielem Klagen und Jammern die Unternehmer der Konfektionsindustrie ihrer Arbeiterschaft anzuheben mit der Begründung, dass jede Lohnzulage, auch diese 10 Proz., aus ihrer Tasche bezahlen müssten. Die Konfektion zahlte ihnen zu niedriger Preise. Interessant wäre es zu wissen, ob die Konfektionsfirmen diese Anschuldigung der Südeisenbesitzer als berechtigt hinnehmen werden; wenn nicht, so wird um Nichtigstellung erlucht. Es ist auch ferner interessant, der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben, mit welchen Mitteln die Südeisenbesitzer die Löhne ihrer Arbeiterschaft niedrig zu halten suchen. Bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss legte ein Arbeitsmitglied der Verhandlungskommission Lohnbücher seines Betriebes vor, wonach bei 45stündiger Arbeitszeit 33 bis 36 Millionen Mark verdient worden sind; in Wirklichkeit ist bis zu 60 Stunden gearbeitet worden, um diesen Verdienst zu erzielen.

Der Lohnzuschlag für diese Woche beträgt 70 Proz.; demnach hat ein selbständig entwerfender 1. Zeichner einen Wochenverdienst von 35 Millionen, ein Kurbediener einen Stundenverdienst von 763 208 M., die anderen Berufsarbeiten werden dementsprechend entlohnt.

Gleichbehandlung einheimischer u. ausländischer Arbeiter.

Das Internationale Arbeitsamt hat nun an die Regierungen aller 55 Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation einen Fragebogen geschickt, welcher die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter in bezug auf die Entschädigung für Betriebsunfälle betrifft. Der Fragebogen des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter hat die Internationale Arbeitsorganisation seit ihrer Gründung Aufmerksamkeit gezollt. Auf der Washingtoner Konferenz im Jahre 1919 wurden zwei Maßregeln zur Gleichbehandlung in- und ausländischer Arbeiter angenommen. Eine weitere Seite des Problems wird gemäß Entscheidung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts auf der Konferenz von 1924 behandelt werden, nämlich die Unfallentschädigung.

In den verschiedenen Industrieländern bereits bestehende diesbezügliche Gesetzgebung weist bedeutende Uebereinstimmungen auf. Fast alle einschlägigen Gesetze beruhen auf der Haftpflicht der Unternehmer für Betriebsunfälle und sie enthalten den Grundsatz, dass die Arbeiter, die Opfer von Unfällen werden, auf Entschädigung Anspruch haben. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist allerdings von Land zu Land ungleich. Teilweise haben die Gesetze nur auf deutsche Arbeiter Anwendung, während Lohnarbeiter im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft nicht in ihren Bereich fallen. In anderen Ländern erstreckt sich die Geltung der Gesetze auf alle Arbeiter. Manchmal bestehen neben den allgemeinen Gesetzen noch besondere Bestimmungen für gewisse Arbeiterkategorien, wie Handelschiffer, Bergleute, landwirtschaftliche Arbeiter usw.

Auch hinsichtlich der Verpflichtungen der Unternehmer gegenüber den unfallbetroffenen Arbeitern bestehen weitgehende Abweichungen. In bezug auf die Beträge der Entschädigung, die Art ihrer Berechnung, die Zahlungsweise, das Verfahren bei Untersuchungen, die Erhebung von Ansprüchen und das Revisionsverfahren bestehen ebenfalls betragsreiche Verschiedenheiten.

Die Behandlung der ausländischen Arbeiter auf Grund der Unfallentschädigungsgesetze besteht teilweise in voller Gleichberechtigung oder beschränkter Gleichberechtigung, anderwärts beruht sie auf Gegenseitigkeit oder Billigkeit; in letzterem Falle sind ausländische Arbeiter im allgemeinen schlechter gestellt als einheimische und es ist bemerkenswert, dass diese Behandlung besonders gegenüber rassistenden Arbeitern befolgt wird. In den anderen Fällen kommt eine ungünstigere Behandlung der Fremden insoweit vor, als es sich um Arbeiter oder deren Angehörige handelt, die nach dem Unfall des Land verließen oder niemals in dem betreffenden Lande anässig waren.

Maßnahmen zur Lohnkürzung in Sowjet-Russland.

Aus Moskau meldet „Die Presse“: Als Mittel zur Verbilligung der Lasten beim Gütertransport hat die Sowjetregierung eine Herabsetzung der relativ sehr hohen Löhne der Hafenverlader in den Binnen- und Seehäfen beschlossen. Der Arbeiter- und Verteidigungsrat hat infolgedessen eine Herabsetzung der Tarife der Verladearbeiter angeordnet, die in geschlossenen und teilweise monopolistischen Gewerkschaften vereinigt sind, wobei die Vornahme von Verladearbeiten durch Arbeitslose, ohne Rücksicht auf ihre Angehörigkeit zu bestimmten Gewerkschaften, zu gestatten ist. Staatliche und genossenschaftliche Organe erhalten das Recht, durch eigene Arbeiter auf Grund von freien Vereinbarungen Verladearbeiten auszuführen.

Für die Arbeiter in der Schuhindustrie treten für die Woche vom 3. bis 8. September 1923 folgende Lohnzulagen ein: Der prozentuale Zuschlag erhöht sich für Arbeiter im Betriebe auf 7 180 200 Proz., der feste Stundenzuschlag auf 382 944 M.; für Heimarbeiter erhöht sich der prozentuale Zuschlag auf 8 920 850 Proz. Der Mindeststundenzuschlag beträgt für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortstasse I 1 531 792 M., für weibliche 1 148 844 M., Atfordzuschlag 12 1/2 Proz.

Für die Maschinenschmiederei erhöht sich der Stundenlohn für die Woche vom 3. bis 8. September für männliche Zeitlohnarbeiter und als Atfordbasis für neue Arbeiten auf 1 478 000 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Atfordbasis für Reparaturen auf 1 404 100 M.

Die Mindeststundenzulage der Schloß- und Reparaturbranche betragen für die Woche vom 10. bis 15. September für männliche Zeitlohnarbeiter und als Atfordbasis für neue Arbeiten 1 295 000 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Atfordbasis für Reparaturen 1 270 000 M. Für orthopädische und mechanische Betriebe erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz.

Die Löhne in der Lederwarenindustrie sind in der heutigen Morgenausgabe irrtümlich als Löhne in der „Sattlerindustrie“ veröffentlicht worden.

Löhne der Treibriemenfabrik. Die Löhne für die Treibriemenfabrik betragen für die Zeit vom 2. bis 8. September 1 247 200 M.; für Linoleumleger für die Zeit vom 30. August bis 4. September 1 150 000 M. Die Löhne für Zelle- und Plansticker betragen vom 31. August bis 5. September 1 141 000 M. Für Tapezierer wurde der Lohn festgesetzt vom 1. bis 7. September: für Junggehilfen 763 190, ältere Gehilfen 1 248 290, Tapeziererinnen 874 020, ungeübte Näherinnen 614 475 M. (Tarife sind abzuholen im Bureau zum Preise von 5000 M.)

Die Angestellten im Buchhandel erhalten auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes bis zum 10. September ein Augustgehalt.

Den Angestellten der Kunst- und Baufachereien und Gewerkschaftsindustrie wurde durch Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin als Augustgehalt für die Lehrlinge und Jugendlichen das 15fache und für alle Angestellten über 20 Jahre das 17fache Augustgehalt zugewilligt. Außerdem ist vereinbart, daß am 8. September als erste September-Aktionszahlung 10 Brutto-Augustgehälter mit der restlichen Nachzahlung für August zur Auszahlung kommen. Ausgerechnete Gehaltstabellen im Ortsbureau des ZfA.

In der Zigarettenindustrie erhöhen sich die Löhne für die Zeit vom 30. August bis 5. September um 55,9 Proz. Eine Sitzung der Vertrauenspersonen findet nicht statt. Der Kartellvorstand.

Die Angestellten in der Kartonagenbranche erhalten für den Monat August das 17 1/2fache Augustgehalt. Ferner gelangt bis zum 12. September ein Augustgehalt à conto September zur Auszahlung.

Der Lohn der hantwärtigen Hafenarbeiter beträgt in der Woche vom 6. bis 12. September 14 680 000 M. täglich. Für die erste Schicht war ein Stundenlohn von 1 835 000 M. festgesetzt, was einem Wochenlohn von 88 080 000 M. entspricht. Für die Woche vom 13. bis 19. September erhöht sich der Lohn um denselben Prozentsatz, um den sich die Hamburger Teuerungsziffer am 10. September gegen die Woche vom 3. September erhöhen wird. Die Löhne der übrigen Arbeitergruppen erhöhen sich im Verhältnis zum Schauermarktlohn. Für die verfloßene Woche haben die Vertrauensleute der Hafenarbeiter diesen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen. Die Zustimmung des Hafenbetriebsvereins steht zu erwarten.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Arthur Osterhaus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Elyorn, Berlin; Revolution: R. A. Köhler, Wilmersdorf; Politik und Sonstiges: Fritz Kerschütz, Wilmersdorf; Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin O. B., Lindenstraße 2.

Sie kaufen jetzt noch billig
Bären-Stiefel
preiswert und erstklassig
zum Wandern
für die Berge
fürs Auto
fürs Motorrad
für die Jagd
zum Reiten
sowie Hausratschuhe
Hans Bähr Spezialhaus Berlin C. 19
Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)
und Kommandantenstraße 57
Verlangen Sie illustrierte Preisliste
Königsplatz 11, Berlin, Blücher Str. 11, Brandenburger Platz, Scharfplatz (Hans), Kreuz-
straße (Hans), Oberbaumstr. (Hans), Köpenicker Str. (Hans), Kottbusser Str. (Hans).

Kosen
kaufen, muß zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25
Wäschestoffe
für Leib- u. Bettwäsche
Handtücher, Hemden,
Kamille, Damast,
Dimiti, Linoe,
Zibeben, Inletta,
Hettliken usw.
zu den
billigsten Preisen
S. Einhorn - Neukölln
Herrenstr. 21
(an d. Hermannstr.)
Restenhandl.
Haarpuder
Goltzstr. 7
Neu eröffnet
Günther & Co.
Alexandersstr. 36a
Eckhaus Kaiserstr.

TRAURINGE
In jed. Größe u. Qualität, stets
vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankl. Allee 202
Nähe Hahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322
Metallbetten
Stahlmattlatz, Kinderbetten etc. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbellfabr. Suhl Thür.
3 Ausnahme-Tage in
Gummimäntel für
Damen
„imprägnierte Mäntel“ für
Herren
Perse-Kleidermacher in Gummimäntel für Herren.
„ELEGANT“
S. 11, Köpenicker Str. 11, Eck Hausbergstr. Straße
direkt am GÖrlitzer Bahnhof
BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer
von antiquarischer, besonders
sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Schafische Str. 7 - Pfalzburg 5140
Carbid-Lampen
sind im Gebrauch billiger als
Gas. Billige Lampen und Carbid
liefern, solange Vorrat
Zacher & Schilt, Zimmerstraße 63
Fernspr. Dönhof 5339.
Erich Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN Gutzkowstr. 13

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbuser Str. 3
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2 1/2% Rabatt!
**Alt-Metall-
Ankauf**
zu höchst. Preisen
Cuzow, Neukölln
Jannasse, 66
an der Bergstr.
3 Min. vom
Bahnh. Neukölln
Tel.: Reul. 4497
Der gute
**Kapitän-
Kautabak**
in den meisten
Zigarren geschälten
erhältlich.
C. Rücker,
Berl., Lichtenberger
Straße 22, Kat. 38/1

Bei Einkauf Fahrvergütung!
**Im
letzten Moment
soweit Vorrat
Preise steigen, nicht warten!**
Billig! Billig! Billig!
**Anzüge / Hosen
Gummi - Mäntel
Winter - Palettois**
in reicher Auswahl weit unter
heutigem Herstellungspreis
Kaufverleicherung durch Anzahlung.
Hugo Simon
Größtes Spezialhaus für Herrnkleidung
133 Charlottenburg 133
an der Bismarckstraße
Weitester Weg lohnend, da Fahrvergütung!

**Nur
bei Erich Schulz**
Neukölln
Kais.-Friedr.-Str.
220
a.d. Weichselstr.
kaufen Sie heute
noch gut und
preiswert!
Strumpfwaren
Tricotagen
Wollwaren
Badeartikel
Badenpumpen
Damenhülpen
Wolle
Nähgarn
**Volkskleidung
Kosen**
Gummimäntel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hosens., Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 76/77.
Korsette
Verkauf
Reparatur, Maß-
anfertigung
Fr. E. Bungartz,
Neukölln, Rudowstr. 31.

Hosen!
kaufen Sie trotz des hohen
Dollarstandes für jedermann
in modernen Stoffarten,
in allen Längen und Weiten ::
sehr billig!
München-Gladbach
Kosen-Zentrale
NW, Calvinstraße 34
Ecke Alt-Moabit, nahe Kriminialger.
Fahrgeldvergütung!
Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 1 Million bis 20 Millionen
Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft zum
Tageskurs Zahn-Ankaufstelle *
B. Zymelski, Weißburger Str. 32
36 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich

**Krause-
Pianos**
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
10a für Berlin
Altmetalle
kauft von
**Fabriken
Handwerkern
Händlern usw.**
W. Nelke
Beile-Alliance-Str. 95
Das
**Schulprogramm
der
Sozialdemokratie**
v. RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch
für Eltern, Lehrer u.
Erzieher, in dem nicht
nur die Forderungen
der Sozialdemokratie
aufammengefaßt
sind, sondern auch die
nächsten Möglichkeiten
zur darwinweisen
Erreichung des Zieles
dargelegt werden.
Preis-Grundzahl
M. 0,50
Buchhandlung
Vorwärts
BERLIN SW 68
LINDENSTR. 1

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten**
Zahngebisse zahl unüberbleibare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.